Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235. Mittwoch den 8. Oktober 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Kulissen der Wucherei.

= Seit einiger Zeit bilden die Kartelle in steigendem Maaße den Gegenstand der öffentlichen Diskussion. An dieser Stelle haben wir mehrfach die volksausbeuterische Kartellpolitik behandelt; in ähnlicher Weise ist es in anderen Blättern geschehen und auch auf dem Büchermarkte mehren sich die Schriften, die die Wirkungen der Unternehmerverbände besprechen. Die Kartellpolitik hängt zu eng zusammen mit der lebensmittelvertheuernden Schutzzollpolitik, als daß sie nicht gerade in dieser Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen müßte. Auch der deutsche Juristentag hat sich mit dem Problem beschäftigt und untersucht, wie es möglich sei, durch gesetzgeberische Mittel den auf Hochhaltung der Preise hinzielenden Bestrebungen der Syndikate entgegen zu arbeiten.

Bisher hatte sich die Reichsregierung von allen diesen Erörterungen ferngehalten. Kein Wunder! Man konnte vielmehr mit Recht annehmen, daß eine Regierung, welche durch ihren Zolltarif selbst den wüstesten Preistreibereien der Agrarier und Industriekönige Vorschub leistet, auch mit dem volksfeindlichen Gebahren der Wucherkartelle einverstanden sei. In den nunmehr beendeten Verhandlungen der Zolltarifkommission des Reichstags hat jedoch der Staatssekretär v. Posadowsky Namens der Regierung eine Erklärung abgegeben, aus der man erfuhr, daß die Regierung Erhebungen über die Wirksamkeit der Kartelle veranstaltet, und daß diese Erhebungen in vollem Gange sind.

Wenn es mit diesen Erhebungen blos nicht geht, wie mit allen solchen von der Regierung unternommenen Schritten! Sie werden mit solcher Gründlichkeit und Weitschweifigkeit unternommen, daß man überhaupt kein Ende absieht, und kommen die Resultate schließlich heraus, so ist der Gegenstand, dem sie nützen sollten, längst von der Tagesordnung abgesetzt.

Kartellwesen und Schutzzollsystem stehen in einem engen innerlichen Zusammenhange zu einander. Die großen Volksausbeuter des Kartellwesens sind erst auf dem Schutzzollboden emporgewachsen wie Giftpflanzen auf fauligem Sumpfboden. Erst als Ende der 70er Jahre die große handelspolitische Wendung eintrat und Bismarck an die Spitze der Hochschutzzöllnerei trat, begann das Kartellwesen sich unter dem Ausbeuterthum Deutschlands auszudehnen. Das Schutzzollsystem schlug die ausländische Konkurrenz todt und bot dadurch die Vorbedingungen zu der ausbeuterischen Kartellirung. Wo die Konkurrenz einsetzen kann, zerbrechen die Kartelle, aber heute ist eben der Zoll der Damm, bis zu welchem man die Preise hinauftreiben kann, ohne das Ausland fürchten zu müssen, dessen Waarenpreis auf dem deutschen Markte durch den Zoll vertheuert wird.

Der Zolltarif ruft sonach die Ringbildungen hervor, und damit ist zugleich bewiesen, daß jede Zollsteigerung auch die volksausbeuterischen Wirkungen der Ringbildungen verstärkt. Wer es also mit der Bekämpfung des kartellirten Industrieritterthums ernst meint und die Konsumenten von der quälenden Ausplünderung befreien will, muß den Hebel bei der Zollpolitik ansetzen. Da dies weder von der Regierung noch von der herrschenden Mehrheit geschieht, kann es ihnen mit der Kertellbekämpfung nicht ernst sein.

Die Bekämpfung der Kartelle aber ist, angesichts der gegenwärtigen Lage, wohl die Hauptaufgabe einer gesunden Volkswirthschaft. Das Wachsthum dieser Ringbildungen, die die brutalste Ausplünderung der Konsumenten zum einzigsten Leitmotiv haben, ist ein ganz enormes. Liefemann zählte im Jahre 1879 14, 1885 85, 1890 210, 1896 260 Kartelle. Nach einer Erhebung des Zentralverbandes deutscher Industrieller wurden anfangs 1902 etwa 300 Kartelle, Syndikate und Konventionen gezählt, von denen etwa 80 auf den Handel und 220 auf die Produktion kommen, und eine neuerliche Umfrage hat, wie eben Graf Posadowsky in der Kommission feststellte, ergeben, daß es bereits mehr denn 400 Kartelle in Deutschland giebt. 80 Syndikate bestehen in der Metallindustrie, 40 in der Glas-, Stein- und Erdenbranche, 30 in der chemischen Industrie, 20 in der Textilindustrie, je 10 in der Kohlen-, Nahrungsmittel- und Papierindustrie. Sie haben sämmtlich das Ziel, die Preise ihrer Erzeugnisse auf die möglichst höchste Höhe zu treiben und zwingen dadurch den Verbraucher, die Produkte höher zu bezahlen, als unter dem Vorwalten der freien Konkurrenz, ja, theilweise zu einem Preise zu nehmen, der in gar keinem Verhältnisse mehr zu dem wirklichen Werthe der Produkte steht.

Zur Rechtfertigung der Kartelle ist immer angeführt worden, daß sie dem Wirthschaftsleben nützten, indem sie der Produktion eine gewisse Gleichmäßigkeit geben. Was es damit auf sich hat, bewies uns die Krise. Die Kartelle haben die Krisis nicht blos nicht verhindert, sie haben sie sogar verschärft durch die Art, in welcher sie ihren Abnehmern hohe Preise abzwangen zu einer Zeit, da alle Welt bereits unter dem schlechten Geschäftsgang litt und die Preise der Fertigfabrikate sanken. So mußte über das deutsche Roheisensyndikat Klage geführt werden, weil es im Jahre 1900 an Kunden nur unter der Bedingung lieferte, daß sie ihren Bedarf für 1901 gleichfalls bei dem Syndikat, und zwar zu den erhöhten Preisen des Jahres 1900, deckten. Der Halbzeugverband, der an seine Abnehmer die erforderlichen Quantitäten nicht abgeben konnte, versagte überhaupt jede Lieferung, wenn ein Werk seinen Bedarf ganz oder nur theilweise anderweitig decken wollte. So wüst und frech ist die Ausplünderung der Konsumenten geworden, daß selbst das „Zentralblatt für Papierverarbeitungsindustrie und Papierhandel“ schrieb, daß jetzt, wo die Kartelle der Rohstoff- und Halbfabrikatindustrie in ihrer Rücksichtslosigkeit dem Konsumenten gegenüber das Maß alles Erträglichen zu überschreiten beginnen und eine völlige Mißachtung der Interessen der Verbraucher ihrer Produkte an den Tag legen, auch seitens der Letzteren jede Rücksicht wegfallen dürfe. So rebellirt der Kapitalismus und das Unternehmerthum, durch die Noth gezwungen, gegen seine eignen Folgen.

Oft hört man auch sagen, die Existenz der Kartelle bewirke durch ihre Preistreibereien auch einen gewissen höheren und gesicherten Arbeitslohn. Doch ist dies leeres Gerede. Gerade die Existenz der Kartelle erschwert den Arbeitern ihren Kampf, weil alle dem Kartell angeschlossenen Unternehmer ein Interesse daran haben, ihre Produktionskosten nicht zu steigern und sie sich deshalb gegenseitig unterstützen im Kampf gegen etwaige Lohnforderungen der Arbeiter. Die Kartelle drücken auf die Löhne, während sie anderseits die Lebensmittelpreise unablässig in die Höhe treiben. Sie drücken daher die Arbeiterklasse allmählig auf die niedrigste Stufe der Existenz.

Die ausbeuterischen Kartelle sind in Wahrheit die Coulissen der Wucherei. Gerade das kartellirte Ausbeuterthum zeigt das höchste Interesse am Zustandekommen der erhöhten Schutzzollmauer. Trägt es dabei den Sieg davon, so beginnt erst die schlimmste Zeit der Volksausplünderung, nicht blos durch den Zoll an sich, sondern durch das Kartell-Ausbeuterthum, welches dann alle Macht in Händen hat.

Nieder mit den Kartellen! muß deshalb in den Zeiten der Lebensmittelwucherei der Ruf der Arbeiterklasse werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Zentrum und der Zolltarif. Das führende Organ der Zentrumspartei, die „Kölnische Volkszeitung“, warnt heute die konservative Partei, nicht durch weitere ablehnende Haltung den Zolltarif zu Fall bringen. Die Plenarverhandlungen über den Zolltarif dürften eine Bedeutung erlangen, welche weit hinausgeht über die Bedeutung der Zolltarifvorlage an sich. Mit der Entscheidung über den Zolltarif sei die Entscheidung über rein politische Fragen tiefgreifendster Art verknüpft. Falle der Zolltarif, so sei das ein Sieg der Sozialdemokratie. Unter diesem Eindruck müßten alsdann auch die Neuwahlen von sich gehen. Die Konservativen seien vor eine schwere Verantwortung gestellt, wenn sie, weil nicht alles zu erreichen, was sie verlangen, alles scheitern lassen wollen. Diese Verantwortung sei riesengroß gegenüber der Gesammtentwickelung unserer inneren Politik. Kein besonnener Politiker werde glauben, daß ein späterer Reichstag an agrarischen Forderungen mehr bewillige, als der heutige. Die konservative Fraktion müsse geschlossen auftreten, und die Anträge Wangenheims und Hahns dem Bund der Landwirthe allein überlassen, von solcher Politik müsse sich die konservative Fraktion entschieden lossagen. — Aus jeder Zeile dieses Artikels spricht die Angst des Zentrums vor den kommenden Wahlen; und um die Angst zu verbergen, möchte das rheinische Zentrumsblatt die Konservativen einschüchtern, im Hinblick auf die Folgen einer überagrarischen Politik. Die Konservativen müßten indessen, um Miquels Wort zu gebrauchen, die größten Esel sein, wenn sie jetzt dem Zentrum aus der Patsche helfen wollten, in die es durch seine zweideutige Politik hineingerathen ist.

Der Milchzoll. Der Milchzoll gehört zu den Paradestücken der agrarischen Propaganda. Die Zolltarifkommission hat ihn allerdings auch in der zweiten Lesung abgelehnt. Aber schon fordert die zentrums-agrarische „Rheinische Volksstimme“ die rheinischen Milchproduzenten auf, in Versammlungen gegen die Zollfreiheit zu protestiren, um so für die Plenarverhandlungen einen Erfolg vorzubereiten. Das Organ der Zentrumsagrarier möchte am liebsten einen prohibitiven Milchzoll haben, mindestens aber einen solchen von 6 Pfennig pro Liter. Andernfalls sei die Existenz der niederrheinischen Landwirthschaft bedroht. Natürlich kann die „Rheinische Volksstimme“ nicht in Abrede stellen, daß die Milcheinfuhr geradezu minimal ist und nur 0,16 Proz. der inländischen Erzeugung ausmacht. Aber sie hält es für „logisch“, daraus den Schluß zu ziehen: „Wenn wir der ausländischen Milch nicht bedürfen, so können wir den Zoll beliebig hoch setzen“. Unsere Agrarier kommen nie in Verlegenheit. Ist die Einfuhr groß, so ist das für sie ein genügender Grund für hohe Zölle, und ist sie klein, so können wir erst recht die Zölle beliebig hoch setzen. Wie's trifft! Gerade als wenn es eine Antwort auf die Auslassungen des rheinischen Zentrumsblattes sein sollte, erscheint in dem „Westdeutschen Landwirth“, der landwirthschaftlichen Beilage der hochschutzzöllnerischen „Kölnischen Volkszeitung“, ein Artikel „Zu den Kosten der Milcherzeugung“. Dieser sachverständige Artikel setzt mit überzeugenden Gründen auseinander, wie die Rentabilität der Milchwirthschaft fast ausschließlich von den Kosten der Milcherzeugung abhängt. Diese Kosten wiederum hängen vor Allem von der Futterverwerthung und dem Werth der Futtermittel ab. Wenn Dänemarck, heute das erste Milchwirthschaftsland der Welt, es ohne Schutzzölle zu einer so wunderbaren landwirthschaftlichen Blüthe gebracht hat, so hat es das vor Allem dem technischen Fortschritt in der Milchwirthschaft zu verdanken. Die dänischen Kontrollvereine haben festgestellt, daß im besten Stall aus 11 Pfund Kraftfutter 1 Pfund Butter gewonnen wird, während der schlechteste Stall dazu 70 Pfund Kraftfutter braucht. Rechnet man das Pfund Kraftfutter zu 4 Pfennigen, so braucht der beste Stall zum Pfund Butter nur 44 Pf., der schlechteste dagegen 280 Pf. Diese ungeheuren Unterschiede haben die dänischen Landwirthe natürlich veranlaßt, alle Kraft an eine bessere Futterverwerthung zu setzen. Und so hat sich denn in manchen Ställen binnen 4 Jahren die Futterverwerthung um 37 bis 56 Proz. gehoben. Der „Westdeutsche Landwirth“ zieht mit Recht aus dieser Thatsache den Schluß, daß die deutschen Landwirthe das auch können müßten, was ihren dänischen Berufsgenossen gelungen ist. Er verspricht der deutschen Milchviehhaltung „große wirthschaftliche Erfolge“, falls die Futterverwerthung ständig gehoben wird. Heute schwanken bei uns die Kosten der Milcherzeugung zwischen 5 und 14 Pfennig per Liter. Weit mehr als selbst der von der „Rheinischen Volksstimme“ verlangte Wucherzoll von 6 Pf. würde also der deutschen Milchwirthschaft eine bessere Futterverwerthung helfen können. Aber die Agrarier vom Schlage der „Rheinischen Volksstimme“ schrecken lieber selbst vor der ungeheuerlichen Belastung der Konsumenten nicht zurück, ehe sie auf den Gedanken verfallen, die technischen Fortschritte anderer Länder seien dazu da, um von uns nutzbar gemacht zu werden. Falls die von der ultramontanen „Rheinischen Volksstimme“ geforderten Protestversammlungen zu Stande kommen, wird es sich dringend empfehlen, in ihnen den Artikel aus dem ultramontanen „Westdeutschen Landwirth“ zu verlesen.

Kartellwucher. Als Beitrag zum Kartellwesen schildert man der „Frkf. Ztg.“ aus Fabrikantenkreisen die Praxis des Syndikats für Chlorkalk. Dieses Syndikat diktirt gegenwärtig seinen Abnehmern einen Syndikatspreis von 13,50 Mark und für das Jahr 1903 einen solchen von 13,25 Mark pr. 100 Kg. Diese exorbitant hohen Preise (vor einigen Jahren kostete Chlorkalk unter 10 Mark) waren von nicht besonderer Bedeutung, solange eine allgemeine Hochkonjunktur herrschte, bei welcher sich auch die Auslandspreise in angemessener Höhe hielten. Infolge der wirthschaftlichen Depression sind aber die Weltmarktpreise wesentlich zurückgegangen und das deutsche Chlorkalksyndikat verkauft heute frei London zu Lst. 3.17.5 pro Tonne gleich 7,75 Mark per 100 Kg.; frei verzollt New-York sind Jahresabschlüsse zu 1¼ Cent das engl. Pfund bethätigt worden, welcher Preis nach Abzug des Zolles demjenigen frei London etwa gleichkommt. Die Hauptabnehmer des Chlorkalks sind die Papier-, Zellstoff- und Strohstoff-Fabriken, und da diese Industrien in Deutschland für ihre Erzeugnisse in sehr weitgehendem Maße auf den Export angewiesen sind, so bedarf es keiner weiteren Erörterung, daß durch die hohen inländischen Chlorkalkpreise diese Industrien in ihrer Exportfähigkeit lahm gelegt werden, zumal die Konkurrenzfabriken in Skandinavien, Amerika-Kanada und Oesterreich hinsichtlich der Rohstoffe, besonders des Holzes, an und für sich einen so großen Preisvorsprung haben, daß der Wettbewerb auch ohne die außerordentlich hohen Preise des Chlorkalks den deutschen Fabriken erschwert ist. Der Erfolg dieses Syndikats dürfte der sein, daß die blühenden deutschen Zellstoff-, Strohstoff- und Papier-Fabriken ihren Absatz auf den Inlandsbedarf beschränken und ihre Produktionen entsprechend reduziren müssen. Welche Verluste dadurch an Arbeit und Kapital entstehen, ist in gar keinem Verhältniß zu dem kleinen Kartellgewinn, der außerdem nicht einmal ganz in die Taschen der Chlorkalkfabrikanten fließen, sondern durch die billigeren Verkäufe nach dem Auslande wieder aufgesogen werden dürfte.

In der Zolltarifkommission wurde Montag, wie „Wolffs Bureau“ meldet, der Bericht verlesen, der mit folgenden Anträgen der Kommission schließt: Der Reichstag wolle beschließen: 1. dem Gesetzentwurf betr. den Zolltarif in der vorgeschlagenen Fassung seine Zustimmung zu ertheilen; 2. die zu dem Gesetzentwurf eingelaufenen Petitionen durch die Beschlußfassung über denselben für erledigt zu erklären; 3. folgende Resolution anzunehmen:

1. den Bundesrath zu ersuchen, mit möglichster

gung unter Hinzuziehung von Vertretern des inländischen Tabakbaues zu prüfen, in welchen Beziehungen die Ausführungsvorschriften zum Gesetz vom 16 Juli 1879 betr. die Tabakbesteuerung im Interesse der kleineren Tabakbauern vereinfacht werden können, und dem Reichstage die Ergebnisse mitzutheilen; 2 mit Rücksicht auf die Erklärung der Vertreter der Verbündeten Regierungen bezüglich der Zollsätze der Position 237 (Petroleum) keinerlei vertragsmäßige Verbindlichkeiten anderen Staaten gegenüber eingehen zu wollen, die Regierungen zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung zu erwägen, ob nicht durch Einführung verschiedener Zollsätze für Roh-Petroleum und gereinigtes Petroleum die Schaffung einer inländischen Raffinerie-Industrie möglich und wirthschaftlich geboten erscheine, und bejahenden Falles einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen.

Auf Zeitungsnachrichten giebt er nichts. Bei der Berathung des Antrages Heim betreffend die Verwendung der Ueberschüsse aus den Lebensmittelzöllen zur Witwen- und Waisenversorgung in der Zolltarifkommission kam es, wie nachträglich noch mitgetheilt sei, zu folgender niedlichen Szene: Abg. Ledebour führte aus: Der Reichskanzler habe im Prinzip dem Zentrumsantrage seine Zustimmung gegeben. Was aber sei für ein Verlaß auf einen Minister von heute? Es sei doch möglich, daß Podbielski bald sein Nachfolger werde. (Heiterkeit.) Gewiß, ein Minister, der für seinen Bauch so viel Rücksicht verlange wie Podbielski, ist unter allen Generälen, die Anwartschaft haben, Reichskanzler zu werden, zweifellos am ehesten dran. (Erneute Heiterkeit.) Nach Rücksprache mit seinen Nachbarn erklärt Vorsitzender Rettich, daß die Aeußerung des Abg. Ledebour über Herrn v. Podbielski in dem Zusammenhange, wie sie geschehen sei, nicht geduldet werden könne. Er müsse sie ausdrücklich als unzulässig erklären. (Lebhafter Widerspruch links.) — Abg. Ledebour: Sie haben wohl nicht verstanden, Herr Rettich, daß ich Bezug genommen habe auf eine Aeußerung Podbielski's, freilich, ohne den rohen Ausdruck zu wiederholen, den dieser gebraucht hat. — Vors. Rettich: Ich weiß nicht, was Sie mit dem Bauche meinen. (Heiterkeit.) — Abg. Ledebour: Dann sind Sie wohl durch die Verwaltung des Vorsitzes zu sehr in Anspruch genommen, um Zeitungen lesen zu können. — Vors. Rettich: Auf Zeitungsnachrichten gebe ich nichts. (Heiterkeit links.)

Zur Charakteristik des Nationalliberalismus bringt der „Kladderadatsch" ein hübsches Beispiel. Das Witzblatt hatte nach dem Tode v. Bennigsens darauf hingewiesen, daß die nationalliberale Presse in ihren Nachrufen eines der größten Verdienste ihres Führers verschwiegen habe, nämlich daß Bennigsen durch eine persönliche Unterredung mit dem Kaiser seiner Zeit die Zurückziehung des Zedlitzschen klerikalen Schulgesetzes veranlaßt habe. Der „Kladderadatsch" meint nun, die nationalliberalen Führer hätten absichtlich diese That Bennigsens in „schnöder Undankbarkeit" verschwiegen, weil sie wissen, daß der Kaiser sich jetzt — wo das Zentrum herrscht — nicht mehr gern an jenen plötzlichen Entschluß erinnern lasse. Der „Kladderadatsch" reimt sich den Zusammenhang so zusammen:

„Der Kaiser hat sich während der letzten Jahre Bennigsen gegenüber auffallend kühl verhalten. Als der Landrath v. Bennigsen in so ergreifender Weise plötzlich aus dem Leben geschieden war, kam kein Kaisertelegramm an den so schwer getroffenen Vater, obgleich doch diese Telegramme jährlich zu vielen Dutzenden in die Welt gehen. Dem Sarge des grimmigsten Reichsfeindes, des unversöhnlichen Welfen Windthorst, war ein Kranz vorausgetragen worden, dessen Schleife die kaiserlichen Initialen zeigte; bei der Bestattung Rudolf v. Bennigsens wurde kein solcher Kranz gesehen. Daraus haben nun unseres Erachtens die jetzigen Parteiführer geschlossen, dem Kaiser sei sein rasches Eingehen auf die eindringlichen Vorstellungen Bennigsens nachher leid geworden, er möge nicht gern daran erinnert werden, und deshalb sei es diplomatischer gehandelt, die Sache nicht noch nachträglich zur Sprache zu bringen!"

Der „Kladderadatsch" muß den Charakter seiner nationalliberalen Parteifreunde ja wohl kennen. Im übrigen ist diese Politik persönlicher Beeinflussung nicht minder bedenklich, als die der persönlichen Plötzlichkeiten.

Ironie des Schicksals! Montag Vormittag beschloß der Bund deutscher Frauenvereine, der z. Zt. in Wiesbaden tagt, gegen § 361,6 des St.-G.-B. vorzugehen. Ein paar Stunden später wurde, wie man der „Frankf. Ztg." mittheilt, eine der Delegierten des Bundestags, Frau Hilda v. D. aus Berlin, auf dem Wege zum Sitzungssaal von einem Polizisten auf offener Straße arretirt und zur Wache gebracht, „da sie so langsam über die Straße gegangen sei." Nach Feststellung ihrer Persönlichkeit wurde sie ohne Entschuldigung wegen des Mißgriffs wieder entlassen. — Die Polizei in Wiesbaden hat in ihrem Uebereifer wenigstens dafür gesorgt, daß die Fülle der Fälle noch um einen vermehrt wurde, der es als ganz besonders dringlich erscheinen läßt, daß der betr. Paragraph so bald als möglich aus dem Strafgesetzbuch ausgemerzt wird.

Schutz den Angeklagten! Darf ein Vertheidiger während der Hauptverhandlung sich mit seinem Klienten unterhalten? Der Vorsitzende des Schöffengerichts IV G in Hannover nahm am Donnerstag einen Rechtsanwalt in eine Ordnungsstrafe von 50 Mark, weil dieser sich nach der Vernehmung von Zeugen während der Verhandlung mit dem Angeklagten über weitere Fragestellung unterhalten hatte. Das Gespräch war in leiser und in einer die Verhandlung nicht störenden Weise geführt. Als dem Rechtsanwalt zunächst eine Verwarnung zu theil wurde, erklärte er, er halte sich zu der Unterhaltung mit dem Angeklagten berechtigt, nach der Strafprozeßordnung stehe ihm ein unbeschränkter schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Angeklagten zu. Das Gericht war aber anderer Ansicht und erkannte auf die erwähnte Strafe. Die Angelegenheit ist zu einer prinzipiellen Streitfrage geworden, und der Rechtsanwalt wird sich, nach dem „Hann. Cour.", zugleich im Einverständniß mit seinen sämmtlichen Kollegen gegen die Straffestsetzung bis zur höchsten Instanz beschweren, um eine maßgebende Entscheidung dieser Frage herbeizuführen. — Wenn der Rechtsanwalt Unrecht bekommt, ist es dem Angeklagten künftig in den meisten Fällen kaum mehr möglich, die zu seinen Gunsten sprechenden Thatsachen aufzuklären.

Der Streit im Allgemeinen Genossenschaftsverbande. Der 96 Vereine umfassende Verband süddeutscher Konsumvereine beschloß Sonntag in Stuttgart in einer außerordentlichen Versammlung, die sich mit den Vorgängen auf dem Allgemeinen Genossenschafts-Verbandstage in Kreuznach beschäftigte, mit 50 gegen 7 Stimmen den Austritt aus dem Allgemeinen Verbande und die Gründung eines selbstständigen Verbandes.

Die Kamorra in Posen. Zu den unter dieser Spitzmarke von uns wiedergegebenen Behauptungen des Herrn Magnus Bühring über die Verquickung des Landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens mit dem Bunde der Landwirthe in der Provinz Posen nimmt nunmehr der Verbandsdirektor Herr Hüneraskv-Posen das Wort. Im Organ des Landbundes veröffentlicht er eine Erklärung, die in ihrem wesentlichen Theile lautet:

„In der Sache der Posener Genossenschaft erkläre ich, daß die Anführungen des aus dem Dienst entlassenen Verbands-Revisors Bühring in der von ihm in die Welt gesetzten Broschüre von Anfang bis zu Ende bewußte Unwahrheiten oder Verdrehungen einfacher Thatsachen sind. Zur Charakterisirung der Behauptung der Bühringschen Broschüre bezüglich des Vertrages zwischen dem Verbande der Posener Genossenschaften und dem Bunde der Landwirthe sei die Wirkung des Vertrages hier angeführt: Dem Posener Verbande sind heute angeschlossen: 263 Spar- und Darlehnskassen, 38 Molkerei-Genossenschaften, 25 Ein- und Verkaufsgenossenschaften, 40 verschiedene Genossenschaften, zusammen 366 Genossenschaften. Dagegen zählt der Verband des Bundes der Landwirthe in der Provinz Posen nur: 1 Spar- und Darlehnskasse, 3 Ein- und Verkaufsgenossenschaften, 16 Pferdezucht-Genossenschaften, 4 verschiedene Genossenschaften, zusammen 32 Genossenschaften. Von unseren Genossenschaften hat keine einzige heute die Bestimmung in ihren Satzungen, daß Mitglieder der Genossenschaft gleichzeitig auch Mitglieder des Bundes sein müssen. Dagegen enthalten noch zwei oder drei die Bestimmung, daß die Mitgliedschaft in der Genossenschaft von der Mitgliedschaft beim Vereine zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken abhängig gemacht wird. Wenn auf ausdrückliches Verlangen der Mitglieder derartige Sonderbestimmungen, wie dies auch in vereinzelten Fällen erfolgt ist, in die Satzungen aufgenommen werden, so hat die Verbandsleitung durchaus keine Veranlassung, dies zu verhindern."

Herr Hüneraskv erklärt zum Schluß, daß sich der Rest der Angelegenheit vor Gericht abspielen werde. Das ist auch der einzig angemessene Weg, um nach allen Seiten hin volle Klarheit zu schaffen. Herr Major a. D. Endell, den die Sache viel mehr angeht als Herrn Hüneraskv, hat es noch nicht für nöthig erachtet, auf die Bühringschen Beschuldigungen öffentlich zu antworten.

Ein agrarischer Seuchenstall. Die „Fleischerztg." theilt nachstehenden Fall mit: Der Wirthschaftsinspektor des Barons v. Richthofen-Barzdorf stand kürzlich vor dem Schöffengericht in Striegau unter der Anklage, den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche nicht rechtzeitig angemeldet zu haben. Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil er die Maul- und Klauenseuche als solche nicht erkannt habe. Gegen die Freisprechung wurde die Berufung eingelegt und die erneute Verhandlung vor der Strafkammer in Schweidnitz lieferte folgenden Thatbestand: Die Mägde merkten an den Eutern und Mäulern der Kühe Krankheitserscheinungen und machten davon Mittheilung, der Aufseher gewann nach Besichtigung der Kühe die Ueberzeugung, daß sie seuchenkrank seien meldete seinen Verdacht dem Angeklagten, welcher im Kuhstalle erschien. In seiner Begleitung befand sich auch der Baron v. Richthofen. Der Angeklagte meinte, daß die Krankheitserscheinungen nicht diejenigen der Maul- und Klauenseuche seien. Deshalb sei eine polizeiliche Anmeldung nicht erforderlich. Jedenfalls aber solle über die Sache nicht gesprochen werden. Einige Wochen später brach im Ochsenstalle von Barzdorf die Maul- und Klauenseuche aus und wurde nun auch polizeilich angemeldet. Eine Untersuchung der Kühe wurde auch jetzt nicht vorgenommen. Erst auf das Einschreiten eines benachbarten Amtsvorstehers erfolgte die Besichtigung durch den Kreisthierarzt. Dieser stellte fest, daß die Kühe thatsächlich die Maul- und Klauenseuche gehabt hatten. Die Verhandlung ergab ferner, daß mehrere Wochen hindurch der Baron v. Richthofen-Barzdorf die Milch von seuchekranken Kühen an die Molkerei in Striegau verkauft worden sei. Die Strafkammer erkannte auf eine Geldstrafe von 100 Mk. Der Baron v. Richthofen ist nicht nur stellvertretender Amtsvorsteher in Läßen, sondern auch Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins für den Kreis Striegau und ein Hauptführer des Bundes der Landwirthe. Selbstverständlich verlangt er als solcher die Absperrung der Grenze, da nach agrarischer Ansicht die Oeffnung der Grenze eine Seuchengefahr bedeuten soll. Wenn aber auf dem eigenen Gehöft die Seuche besteht, dann darf „über die Sache nicht gesprochen werden".

Warum die Katholiken ärmer sind, als die Andersgläubigen, dafür liegt ein neues werthvolles Material vor. In der „Renaissance", Monatsschrift für Kulturgeschichte, Religion und Kunst, herausgegeben von Dr. Joseph Müller, werden über das katholische Ordenswesen folgende Mittheilungen gemacht:

„Frankreich allein hat 16 000 Priester in der Mission, überhaupt 1663 Kongregationen, worunter 152 verschiedene Mönchsorden und nicht weniger als 1511 Nonnenorden. Dafür bestehen 3261 Niederlassungen männlicher Orden mit über 30 000 Mitgliedern und 16 293 weibliche Klöster mit fast 200 000 Religiosen. Dazu kommen 55 000 Weltpriester. In dem 18 000 000 Einwohner zählenden Spanien leben 150 000 geistliche Personen, davon 100 000 Klosterbewohner, in Belgien 40 000 Mönche und Nonnen in 2230 Niederlassungen. In Holland, wo die Prozentzahl der Katholiken in 10 Jahren von 40 auf 33⅔ zurückgegangen, sind 11 000 Weltgeistliche 16 000 Religiosen bei 1 600 000 Katholiken, also 2 Proz. Geistliche! Die Orden haben sich in einem halben Jahrhundert verdreifacht. Oesterreich hat im Jahre 1895 488 Männerorden mit 8530 Mitgliedern und 647 Frauenorden mit 15 616 Nonnen gehabt. Tirol allein hat 1605 Mönche und 3370 Nonnen. Priester überhaupt zählt das kleine Gebirgsland 3259. Brixen mit seinen 5000 Einwohnern hat nicht weniger als 5 Klöster! In Deutschland bestanden 1899 2873 Ordensklöster mit rund 40 000 Personen. In Bayern waren 1900 97 männliche und 1076 weibliche Niederlassungen mit 1827 resp. 10 305 Insassen. 1848 traf ein Religiose auf 4497 Einwohner, 1873 auf 791, 1900 auf 485, beim weiblichen Geschlecht sogar auf 230. Die Ordenszahl hat sich in den letzten 50 Jahren über neunmal rascher vermehrt, als die Bevölkerung, die der weiblichen Klöster noch weit mehr. Die Mehrung der Orden steht mit dem prozentualen Rückgang der Katholiken in naher Beziehung und ist eine Hauptursache des Rückganges. Italien haben wir dabei ganz außer Betracht gelassen. Rom allein hat 361 Klöster."

Alle diese Mönche und Nonnen sind nicht nur der produktiven Arbeit entzogen, sie müssen auch aus den Taschen ihrer arbeitenden Konfessionsgenossen erhalten werden. Das kostet mit Einschluß der Unterhaltung der Gebäude Millionen über Millionen!

Keine Ministerkonferenz. Die mit großer Bestimmtheit aufgetretene Nachricht, daß Mitte Oktober auf Einladung des Reichskanzlers eine Konferenz der Minister der größeren Bundesstaaten in Berlin in Sachen des Zolltarifs stattfinden werde, entbehrt, wie offiziös gemeldet wird, der Begründung. Es ist keine derartige Konferenz beabsichtigt. Der Reichskanzler hat auch keine Einladung ergehen lassen. Einer oder der andere bundesstaatliche leitende Minister mag vielleicht beim Beginn der neuen parlamentarischen Kampagne nach Berlin kommen, wie das öfter geschieht.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Strafkammer in München verurtheilte am Montag den Schriftsteller Benz wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Festung. Als strafmildernd kam der niedrige Vertrauensmißbrauch des „Schriftstellers" Hartmann-Braunschweig in Betracht.

Weitere Sühne für die Ermordung der Frau Wolff. Aus Herbertshöhe (Neu-Guinea) wird gemeldet: Kürzlich fand die Aburtheilung der überlebenden gefangenen Eingeborenen, die der Theilnahme an dem Morde der Frau Wolff, bezw. der Beraubung des Wolffschen Hauses schuldig waren, durch das kaiserliche Bezirksgericht zu Herbertshöhe statt. Der Angeklagte Tambungu erhielt 5 Jahre, der Towalur 3 Jahre; ferner Toulagunau 2 Jahre Gefängniß mit Zwangsarbeit. Theils in den schwierigen Voruntersuchungen, theils bei der Verhandlung selbst konnte die Schuld der Angeklagten festgestellt werden; schließlich wurden auch alle geständig. Tue, einer der Hauptanstifter der Unthat, und ein anderer Theilnehmer, der Mörder des Kindermädchens, sowie der Häuptling Tokitang, dessen Schuld jedoch nicht erwiesen war, starben in der Untersuchungshaft an Dysenterie, einer Geißel vieler tropischer Gegenden. Demnächst soll ein eingehender Bericht der Regierung über die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen des beklagenswerthen Vorfalles dem Auswärtigen Amte zugestellt werden. — Der angekündigte Bericht darf mit Spannung erwartet werden. Hoffentlich giebt er ausreichende Aufklärung über die anscheinend von den Farmern auf eigene Faust unternommenen Strafexpeditionen, bei der Hunderte von Eingeborenen aus Rache getödtet wurden.

Kleine politische Nachrichten. Der nationalliberale Abgeordnete Fitz hatte bekanntlich kürzlich behauptet, der Redakteur des „Pfälz. Kurier", Treutler, habe mit dem bayerischen Zentrumsführer Dr. Schädler über ein Wahlbündniß des Bundes der Landwirthe mit dem Zentrum in der Pfalz verhandelt. Diese Nachricht wird jetzt von beiden in Betracht kommenden Seiten als vollkommen grundlos und haltlos bezeichnet. Abwarten! — Im Namen von 70000 Gastwirthen hat der Vorstand des deutschen Gastwirthevorbandes eine Eingabe an den Bundesrath und Reichstag in Sachen der Fleischnoth abgesandt. Die Petenten begründen ihr Gesuch um schleunige Oeffnung der Grenzen damit, daß die Gastwirthe einen ansehnlichen Theil der Bevölkerung mit Fleischnahrung versorgen; sie befürchten den Ruin vieler Wirthe, wenn nicht baldige einschneidende Maßnahmen zur Linderung der Kalamität erfolgen. — Der dritte Wreschener Prozeß wird im November d. J. vor der Gnesener Strafkammer stattfinden. Im ersten Prozeß wurde ein gewisser Balcerkiewicz zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er, in der Nähe der Schule stehend, beleidigende Ausrufe gegen die Lehrer ausgestoßen haben sollte. Balcerkiewicz will jetzt beweisen, daß der Zeuge (Gendarm) sich in der Person geirrt und einen gewissen Kaliszkowski mit ihm verwechselt habe. — Die sächsische Staatsregierung hat auf Antrag der Eisenbahnverwaltung die versuchsweise Einführung von Motorwagen auf den normalspurigen Bahnen beschlossen. Die ersten Wagen werden am 1. Mai 1903 in Betrieb gesetzt. — Nach dem Wiener „Korr.-Bureau" steht die Einberufung des österreichischen Reichsrathes unmittelbar bevor. — Alle in den Staatsgefängnissen in Haft befindlichen Anarchisten wurden von dem Generalkapitän von Katalonien (Spanien) in Freiheit gesetzt. — In Venezuela baut die siegreiche Revolution dem Präsidenten Castro goldene Brücken zum Rückzug aus seiner unhaltbar gewordenen Position. Ein Telegramm aus Willemstad berichtet, Matos habe an Castro geschrieben und ihn darum ersucht, das Heer der Aufständischen zu besichtigen, um sich selbst von der Unmöglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes zu überzeugen. — Liukunhi, der Vizekönig von Nanking, ist, wie Londoner Blätter melden, am Montag gestorben.

Dänemark.

Der dänische Reichstag ist Montag in Kopenhagen zusammen getreten. Nach einem Gottesdienst konstituirten sich die Kammern. Das Folkething wählte Trier von der linken Reformpartei, das Landsthing den Konferenzrath H. N. Nansen (unabhängiger Konservativer) zu Präsidenten.

Schweiz.

Der Streik der Straßenbahner in Genf dauert ungeschwächt fort. Sonntag Nachmittag fand eine von 4000 Personen besuchte Volksversammlung statt, in der sozialistische Redner und bürgerlich-radikale Deputirte sich scharf gegen die Machinationen der Direktion aussprachen. Nach Schluß der Versammlung blokirten die Theilnehmer die Straßenbahngeleise. Die Polizei war ohnmächtig; Militär mit Vive la liberté-Rufen empfangen, räumte schließlich die Geleise, doch mußten alle Wagen um 7 Uhr Abends ins Depot zurückfahren. Der Gewerkschaftsbund beschloß Montag Abend über einen ev. Generalstreik, doch liegt eine Nachricht über den Ausfall des Beschlusses noch nicht vor.

Frankreich.

Zola's Begräbniß. Zola, der große Sohn der französischen Nation, ist am Sonntag in Paris zur letzten Ruhe bestattet worden. Die Betheiligung am Begräbniß war außerordentlich stark. Besonders zahlreich waren auch die Sozialistischen Vereine vertreten, um dem Verfasser von „Germinal", „Arbeit" u. s. w., dem muthigen Kämpfer für Wahrheit und Recht die letzte Ehre zu erweisen. Nationalistische Kundgebungen, die befürchtet wurden, sind ausgeblieben, obwohl sich im Trauerzuge sogar Dreyfus, Labori und Oberst Picquart befanden. Nach der Beisetzung erkannte die Menge Labori und Picquart und brachte auf sie Hochrufe aus. Labori rief: „Es lebe die Justiz, es lebe die Gerechtigkeit, es lebe das Recht! Für sie haben wir gekämpft, und für sie werden wir weiter kämpfen!" Eine andere unbedeutende Kundgebung fand auf dem Boulevard Clichy statt. — Die Subskription für ein Denkmal Zola's ergab bis jetzt die Summe von 19 755 Frks.

Der Streik der Bergarbeiter scheint auch diesmal kein vollständiger werden zu sollen. Zwar nahm eine Ver-

sammlung von 2500 Bergarbeitern in Liévin einstimmig eine Resolution an, in der der Ausstand gutgeheißen wird, aber andererseits beschlossen in Valenciennes 55 Delegirte von Verbänden der verschiedenen Gruben, die 5000 Mitglieder vertreten, die Arbeit fortzusetzen und einen Aufruf zu veröffentlichen, „in dem sie die Bergarbeiter auffordern, den Versuchen der Ausständigen, wenn nöthig mit bewaffnetem Arm, Widerstand zu leisten." Wie ferner noch gemeldet wird, richtete Ministerpräsident Combes an den Generalsekretär der Vereinigung der Bergarbeiter Cotte ein Schreiben, in dem er der Hoffnung Ausdruck giebt, daß die Bergarbeiter genug Vertrauen in das Wort der Regierung und in die demokratischen Gesinnungen beider Kammern setzen würden, um sich äußerster Entschließungen zu enthalten; denn solche könnten ihnen leicht einen Theil der Sympathien, die sie erworben hätten, verscherzen.

Klerikale Waffen. Von dem klerikalen Feldzuge gegen das Ministerium Combes schreibt man der „Volksztg." aus Paris: Dem verurtheilten Oberstleutnant a. D. de Saint-Rémy und dem Abbé Salaun, der den Schulschwestern mit einem Knüttel und einer Gießkanne voll Jauche beistand, sollen durch öffentliche Sammlungen der „Autorité" Ehrengaben verabreicht werden. Die Beiträge tröpfeln in winzigen Größen; dafür gießen aber die Verwünschungen und Schmähungen Seitens der Frommen in Strömen. Hier eine kleine Blumenlese: „Für ein Leichentuch des Combes 10 Cts." — „Wenn ich den Combes nur an meinem Bratspieß drehen könnte! Eine Köchin 25 Cts." — „Die Polizisten, Soldaten und Beamte Combes' sind verächtliche Henkersknechte, Schufte, Kröten, Schlangen, Igel und Stinkthiere 15 Cts." — Die weltlichen Lehrer sind Esel, Schweine und Parasiten; hoch die heiligmäßigen Nonnen! 15 Cts." — „Auf daß Combes vom Schinder durch die Straße geschleift werde und als verrecktes Aas auf dem Schindanger verwese 5 Cts." — „Möge der Teufel dem Lästerer Combes glühenden Schwefel durch sein schändliches Maul bis hinab in sein schwarzes Herz gießen! 30 Cts." — „Für die ganze Sippschaft dieses Ministeriums mögen die Qualen der Hölle ewig dauern 50 Cts." — „Satan hat seine Sendboten ausgesandt, welche mit glühenden Gabeln dem Combes die Eingeweide aus dem Leibe reißen 20 Cts." Die Aermlichkeit der gezeichneten Beträge beweist schlagend, daß die reichen Kleriker Frankreichs für ihre „Märtyrer" keinen Deut übrig haben. Sie überlassen das Zahlen den geistig Aermsten, die als ärgsten Fluch und Schimpf nichts anderes vorzubringen wissen, als ein Nachplappern der schrecklichen Höllenqualen, womit das ebenso unwissende als abergläubige Volk der Bretonen von seinen „Seelsorgern" im Schlafen und Wachen geängstigt wird. Vor 110 Jahren zeigten sich die Bauern von der Idee des „absoluten Königthum von Gottesgnaden" noch so begeistert, daß sie den Republikanern mit der Büchse in der Hand jahrelangen Widerstand leisteten. Dagegen hat die Idee des „unbeschränkten Klerikalismus" in Heer und Schule die Bauern der Bretagne nur dazu getrieben, gegen ein Tagegeld von 5 Frcs. Unratheimer, denen wahrlich kein Rosenwasser entfloß, wider die „Staatsknechte und Kirchenfeinde" zu schleudern. Mit der Bezahlung hörte die Bethörung auf. Die Eröffnung der weltlichen Schulen ging aller Orten, selbst in den Pyrenäen, in der Provence, Savoyen und Normandie, mit viel größerer Ruhe vor sich, als die Regierung gehofft hatte.

Balkan.

In Mazedonien scheint bereits völliger Kriegszustand zu herrschen. Wie aus Sofia, den 4. Oktober, gemeldet wird, haben die Aufständischen die Pässe südlich von Monastir besetzt und beherrschen die gesammten Hügel. Die türkischen Vorposten stehen bei Zapari und Gawati. Hinter dieser Linie haben die Türken in Kanonenschußweite von Bitolia 60 Geschütze in Position gebracht und drohen, die Stadt zu bombardiren. Eine Vorstadt von Bitolia ist von den bulgarischen Einwohnern selbst niedergebrannt worden, welche sich in die innere Stadt zurückgezogen und Barrikaden aufgeworfen haben. In der nordwestlich von Bitolia liegenden Stadt Ochrida haben die Albanesen die Christen ermordet und ebenso die christliche Bevölkerung von Struga, einem benachbarten Dorfe, niedergemetzelt. Starke aufständische Banden rücken südwärts von Bitolia gegen Kastoria vor. Aus Rache für die Metzeleien der Arnauten haben aufständische Orthodoxe die türkischen Ortschaften Maurowo, Gorenzi und Kumenzi geplündert, in Brand gesteckt und die Bewohner in die Berge getrieben. Die Arnauten rächen sich durch Zerstörung sämmtlicher Christendörfer der Umgegend. Die Eisenbahnlinie von Saloniki nordwärts ist an verschiedenen Stellen zerstört, um die Türken zu verhindern, Militär ins Innere zu senden.

Afrika.

Die Lage in Südafrika. Das Kriegsrecht in Natal wurde, mit gewissen Beschränkungen für die unter Kriegsrecht Verurtheilten, Sonnabend aufgehoben. Auf der anderen Seite thun aber die Engländer ihr Menschenmöglichstes, die Unzufriedenheit immer aufs Neue zu nähren. Wie nämlich der „Standard" aus Durban meldet, wurden dort Sonntag 41 Buren, hauptsächlich Kapkolonisten, bei ihrer Rückkehr aus dem Gefangenenlager auf Ceylon unter der Beschuldigung des Hochverathes verhaftet. Auch in Johannesburg ist die Erregung noch immer groß. Um die Ansichten der Bevölkerung zur Sprache zu bringen, beschloß eine Versammlung von 2000 Einwohnern die Gründung einer politischen Vereinigung.

Vereinigte Staaten.

Zum Riesenstreik der Bergarbeiter in Pennsylvanien. Präsident Roosevelt hatte Sonntag abermals eine lange Konferenz mit den Mitgliedern seines Kabinets hinsichtlich der Kohlennoth. Das Resultat der Konferenz ist noch unbekannt, doch verlautet ziemlich bestimmt, daß Roosevelt versuchen wird, die Bergleute zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen gegen das Versprechen, daß der Kongreß den Streik gründlich untersuchen und die pennsylvanische Gesetzgebung Maßregeln gegen die Kohlengesellschaften ergreifen werde. Wir glauben jedoch nicht, daß sich die Bergarbeiter, zumal bei dem guten Stande ihres Streiks, vertrösten lassen werden; der Sperling in der Hand ist ihnen lieber, als die Taube auf dem Dache. Sie haben aber auch gar keine Ursache, so schnell die Flinte ins Korn zu werfen; denn bereits bröckelt es im Bunde der Grubenbesitzer. Nach einer New-Yorker Meldung der „Central News" beschlossen nämlich bereits 17 Grubenbesitzer in West-Virginien, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben und den Zechenbetrieb sofort wieder aufzunehmen, wodurch 4000 Arbeiter beschäftigt würden. — Zur Linderung der Kohlennoth hat die „International Mercantile Marine Company" (der Morgantrust) beschlossen, in England 50000 Tonnen beste englische Kohlen zu kaufen und dieselben sofort in Dampfern, die der Gesellschaft gehören, nach den Vereinigten Staaten zu verschiffen. Nach dem „Daily Telegraph" sind diese englischen Kohlen zur Vertheilung an die Armen und die Hospitäler von New-York bestimmt. Die Verschiffungen sollen selbst auf Kosten der Gesellschaft schleunigst zur Ausführung gelangen. Außerdem erhalten die Vereinigten Staaten von der Kanadischen Kohlengrubengesellschaft 100 000 Tonnen Anthrazitkohle übersandt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 7. Oktober 1902.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder im Gesammtbetrage von 6773,34 Mk. hatte sich am Montag vor der hiesigen Strafkammer der frühere lübsche Revierförster Carl Krüger von Cronsforde zu verantworten. Nach der Anklage sollte er Beträge in obengenanntem Umfange, die von verschiedenen hiesigen Holzfirmen an ihn gezahlt worden waren, weder ordnungsmäßig gebucht noch abgeliefert haben. Der Angeklagte bestritt, daß er sich irgend welche Unregelmäßigkeiten habe zu Schulden kommen lassen. Oft genug will er sogar das Finanzdepartement ersucht haben, ihn von der Führung der Kassengeschäfte zu entbinden, da er sich nicht fähig fühlte, Bücher zu führen. Das Finanzdepartement scheint schließlich auch ein Einsehen gehabt zu haben, denn es gab ihm den Förster Kluth zur Hülfeleistung bei. Die vernommenen Zeugen stellten dem Angeklagten in jeder Weise das beste Zeugniß aus und hielten ihn durchweg keiner Unterschlagung für fähig; andrerseits bekundeten sie aber auch, daß der Angeklagte sehr vergeßlich und gedächtnißschwach sei. Der eine von ihnen bekundete ferner, daß Krüger vielfach an Herzkrämpfen gelitten habe. Unnöthigen Aufwand habe der Angeklagte in seinem Hause nicht getrieben. Physikus Dr. Riedel, der den Angeklagten untersucht hat, begutachtete, daß derselbe zwar nicht an einer Geistesstörung in gewöhnlichem Sinne leide, daß er aber in recht auffallender Weise an Gedächtnißschwäche kranke, eine Folge mangelhafter Ernährung des Gehirns, die wiederum durch das Herzleiden und die Verkalkung der Blutgefäße veranlaßt werde. Zweifellos sei der Angeklagte in den letzten Jahren kaum im Stande gewesen, ordnungsmäßig Bücher zu führen; die vorgesetzte Behörde müsse hiervon Kenntniß gehabt haben. Der Staatsanwalt geißelte die Mißwirthschaft in der Buchführung des Angeklagten, stellte jedoch die Bemessung der Strafe in das Ermessen des Gerichts. Der Vertheidiger beantragte, auf Freisprechung zu erkennen. Das Gericht schloß sich dem Antrage des Vertheidigers an und erkannte auf Freisprechung; die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. In der Begründung des Urtheils hieß es, daß der Nachweis erbracht worden sei, daß der Angeklagte sehr erhebliche Summen erhalten hat, über deren Verbleib er keine Rechenschaft ablegen konnte; andererseits sei aber auch nicht nachgewiesen worden, daß er das Geld direkt unterschlagen hat. Es liege vielmehr Grund zu der Annahme vor, daß der Angeklagte in den Listen Summen als bezahlt angegeben hat, die in Wirklichkeit gar nicht bezahlt waren. Die Verhandlung habe ergeben, daß der Angeklagte im höchsten Grade unfähig war, Ordnung in seinen Büchern zu halten und Gelder zu verwalten. — Hoffentlich zieht das Finanzdepartement aus dieser Verhandlung die entsprechenden Lehren. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, die Förster auch noch mit der Führung der Kassengeschäfte zu betrauen. Ihr Amt ist ohnehin sehr verantwortungsvoll und bietet hinreichend Gelegenheit zu Unredlichkeiten, falls der betreffende Beamte ein Mann mit weitem Gewissen ist. Warum macht man es nicht wie in anderen deutschen Staaten? Dort haben die Förster mit der Einziehung der Gelder für Holzverkäufe so gut wie nichts zu schaffen. Entweder ist damit ein besonderer Beamter oder aber nur der Oberförster allein betraut. Bei dem immerhin geringen Umfange des lübschen Staatsgebietes sollte es, so meinen wir, ganz besonders leicht sein, einen Ausweg zu schaffen, der sowohl den Forstbeamten diese Bürde abnimmt, als auch den Käufern des Holzes die Bezahlung erleichtert.

Recht rüpelhaft benahmen sich einige auswärtige Studenten, die Sonnabend und Sonntag unserer Stadt einen Besuch abstatteten. In ihrer Besoffenheit steckten sie verschiedentlich Frauen ihre Knüppel zwischen die Beine und trieben auch sonst allerlei Unfug und Allotria. Wenn Arbeiter sich nur halb so unverschämt und unanständig benommen hätten, würde die bürgerliche Presse sicherlich keinen Augenblick gezögert haben, in die allbekannten Klagen über die „Rohheit der Arbeiter" auszubrechen. So aber waren es Angehörige der jeunesse dorée, und da drückt man nicht blos ein Auge, sondern alle beide zu.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche Montag Abend stattfand, war leider nur recht mäßig besucht. Nach Verlesung des Protokolles von der letzten Versammlung ehrte man zunächst das Andenken der verstorbenen Genossin Malwitz durch Erheben von den Plätzen. Alsdann erstattete Genosse P Pape den Bericht des Vorstandes über das verflossene Geschäftsjahr. Wir entnehmen demselben Folgendes: Der Verein hielt im Geschäftsjahr 12 Versammlungen ab. Vorträge wurden in sämmtlichen ordentlichen Versammlungen gehalten; als Referenten waren die Genossen Schwartz und Wissell je dreimal, die Genossen Bartels und Stelling je zweimal und Friedrich und Kasch je einmal thätig. Außerdem arrangirte der Verein zwei Experimentalvorträge durch den Privatgelehrten Wempe. Vorstandssitzungen wurden 16 abgehalten An Vergnügungen veranstaltete der Verein eine Sylvesterfeier, Märzfeier, Maifeier, Lassalle-Feier und ein Sommerfest zu Ehren des Kieler Gesangvereins „Arbeiterbund". Bei allen Vergnügungen wurden entsprechende Ueberschüsse erzielt, während die Experimentalvorträge ein Defizit von 59,10 Mk. ergaben. Mit dem Besitzer des Zoologischen Gartens wurde ein Abkommen dahin getroffen, daß die Eintrittskarten, welche vorher beim Genossen Stolle, Vereinshaus, zu lösen sind, für Erwachsene mit dem Besitzer des Kaiserpanoramas, Breitestr. 53, ein ermäßigter Preis (15 Pfg.) vereinbart worden; auch hier müssen die Karten vorher im „Vereinshaus" gelöst werden. Die Gesammteinnahme des Vereins im letzten Jahr betrug 3304,10 Mark. An den Vertrauensmann wurden insgesammt 2955,17 Mark abgeliefert; hiervon entfallen 655,17 Mk. auf Veranstaltungen, 2300 Mk. auf Beiträge. Die sonstigen Ausgaben (Bibliothek, Kränze für verstorbene Mitglieder, Entschädigung des Kassirers und der Boten u. s. w.) stellten sich auf 850,20 Mk., sodaß heute noch ein Bestand von 680,15 Mk. vorhanden ist Die Zahl der Mitglieder beträgt z. Z. 1450 oder ein Mehr von 74 gegenüber dem Bestande im Jahre 1901/02 Ist die reine Zunahme im verflossenen Jahre auch nur verhältnißmäßig gering gewesen, so hofft der Vorstand doch, daß jeder Einzelne im kommenden Jahre seine Pflicht thun wird, um dem Vereine neue Mitglieder zuzuführen, damit wir in der Lage sind, agitatorisch wie auch materiell gerüstet dazustehen. Da in der Diskussion Niemand das Wort begehrte, erhielt Genosse Löwigt das Wort zum Bericht der Bibliothekare. Im abgelaufenen Berichtsjahre wurde die Bibliothek an 23 Abenden von 863 Mitgliedern benutzt. Die höchste Frequenz wies der Monat Februar mit 120 Besuchern, die niedrigste der Juli mit 30 Besuchern auf. Im Vergleich zum Vorjahre hat sich die Benutzung der Bücherei immerhin noch um ein Bedeutendes gehoben; denn im Vorjahre stellte sich die Besuchsziffer nur auf 647. An Strafgeldern wurden dem Kassirer 17 Mk. übermittelt. Neue Anschaffungen wurden im Berichtsjahre, abgesehen von den laufenden Zeitschriften, nicht weiter vorgenommen. In dankenswerther Weise übermittelte jedoch Genosse Th. Schwartz der Bibliothek verschiedene werthvolle Broschüren. Die Anstellung von 2 Bibliothekaren hat sich gut bewährt. Auch bei diesem Punkte der T. O. fand eine Diskussion nicht statt, doch gab der Vorsitzende Genosse Pape bekannt, daß sich der Vorstand bereits mit den Bibliothekaren zwecks Vermehrung des Bücherbestandes ins Einvernehmen gesetzt habe, und daß demnächst ein diesbezüglicher Antrag den Verein beschäftigen werde. Den Bericht über die Abrechnung vom 3 Quartal erstattete Genosse A. Ehlers; sie balanzirt in Einnahme und Ausgabe mit 1512 75 Mk. Der Ueberschuß von der Lassallefeier im Betrage von 115,55 Mk. wurde auf Antrag des Festkomitees der Vereinskasse überwiesen. Der dritte Punkt der T. O.: Vorstandswahlen, wurde dadurch erledigt, daß auf Antrag des Genossen Th. Schwartz der bisherige Vorstand per Akklamation wiedergewählt wurde. Alsdann wurden die von den Distrikten zu Distriktsführern vorgeschlagenen Genossen in ihrem Amte bestätigt. Zu Revisoren wurden die Genossen Kleve, Albrecht und Giese gewählt. Nunmehr erhielt Genosse Th. Schwartz das Wort zu seinem hochinteressanten Vortrage: „Wie sich der Zeitgeist in der alten und in der neuen Seemannsordnung wiederspiegelt." Referent legte seinem Vortrage gleichsam als Motto zu Grunde, daß jedes Gesetz, welches erlassen wird, den Geist der herrschenden Klassen wiederspiegelt, und erörterte alsdann in ausführlicher und anschaulicher Weise, wie sich die Verhältnisse in der Schifffahrt in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben. Seine, häufig mit Humor gewürzten Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall aller Anwesenden. Der 5. Punkt der Tagesordnung betraf Anträge des Vorstandes und Ausschusses. Genosse Schwartz begründete dieselben. Der erste Antrag lautete: Zu außerordentlichen Ausgaben werden dem Vorstand 50 Mk. zur Verfügung gestellt; Rechnungslegung vorbehalten. Der zweite: Zu Geldern für Agitation kann Vorstand und Ausschuß über jede Summe verfügen. Beide Anträge, die eine Folge der Aufhebung des Vertrauensmännersystems sind, wurden ohne jede Diskussion einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bei dem Wettbewerb, den der Vorstand der St. Marien-Kirchengemeinde zur Erlangung von Bauplänen für den Neubau eines Wohngebäudes auf dem zwischen dem Marienkirchhof, dem Schüsselbuden, dem Weiten Krambuden und der Twiete belegenen Grundstück ausgeschrieben, hat das Preisgericht den ersten Preis dem Entwurfe des Architekten W. Glogner in Charlottenburg, den zweiten Preis dem Entwurfe der Regierungsbaumeister Erich und Richard Blunck zu Berlin und den dritten Preis dem Entwurfe des Architekten Ed. Stapelfeld, hierselbst, zuerkannt. Die eingelieferten acht Entwürfe werden vom 8. bis 22. d. Mts. werktäglich zwischen 11 und 1 Uhr im Chor der Marienkirche öffentlich ausgestellt sein.

Der bekannte Kaufmann Krafft Tesdorpf ist Sonntag Mittag verschieden. Der Verstorbene bekleidete mehrfach Ehrenämter.

An die deutsche Schule in Athen berufen wurde der hiesige Hilfslehrer Kleinböhmer. Der Dienstantritt erfolgt bereits am 1. November.

Eine recht unangenehme Ueberraschung wurde Sonntag Vormittag vier Insassen der Segelyacht „Irene" zu theil. Trotzdem eine starke Brise wehte, hatten sie sich auf die Wakenitz gewagt und mußten es denn auch erleben, daß das Boot alsbald kenterte. Nur dem energischen Einschreiten des Herrn Hintze, der in geschickter Weise mit seinem Segler manövrirte, hatten es die Vier zu verdanken, daß sie mit dem bloßen Schrecken davonkamen.

Zirkus Variété. Die rührige Direktion veranstaltet Mittwoch Nachmittag halb 4 Uhr eine große Kindervorstellung bei kleinen Preisen. Es sind besondere Vorkehrungen getroffen, um den Kleinen einen vergnügten Nachmittag zu bereiten. Alle Künstler werden ihr Bestes thun.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug Montag 8 Grad Celsius.

Zehn Sätze vom Trinken. 1) Trinke nicht, wenn Andere es wollen, sondern nur, wenn du Durst hast! 2) Trinke nie, ohne gegessen zu haben! 3) Wenn du erhitzt bist, trinke keine kalten Getränke! 4) Trinke nie Branntwein! 5) Trinke nie mehr, als du bequem vertragen kannst! Vom Gegentheil kommt viel Unglück! 6) Spotte nicht über Den, der nicht trinken will! Er hat vielleicht mehr darüber nachgedacht als du! 7) Denke beim Trinken auch an Frau und Kinder! Vielleicht schmeckt dir dann manchmal der Schoppen nicht mehr! 8) Gieb niemals Kindern geistige Getränke! Sie sind ihnen Gift! 9) Laß manchmal ein Glas ungetrunken und verwende das Geld für die Arbeiterbewegung! 10) Denke daran, daß es außer dem Trinken noch Freuden des Lebens giebt und vielleicht bessere!

Im Apollotheater (Fünfhausen) findet der jetzige, zweite Spielplan allabendlich den lebhaftesten Beifall seitens der zahlreichen Besucher. Da der Spielplan nur noch bis Ende der Woche hier verbleibt, muß man sehr bald seine Schritte nach dem Apollotheater lenken, falls man noch die vorzügliche Künstlerschaar in Augenschein nehmen will Von 9 Uhr werden Schnittbillets ausgegeben

pb **Auf frischer That ertappt** wurden gestern Abend gegen 6½ Uhr zwei Frauenspersonen aus Reinfeld, wie sie den Versuch machten, einen größeren Posten Waaren, die sie sich in einem hiesigen Geschäft rechtswidrig angeeignet hatten, unter ihrem Regenmantel fortzuschaffen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Poggensee bei Oldesloe wurde eine zum adeligen Gute Fresenburg gehörige Kathe, die von zwei Arbeiterfamilien bewohnt wurde, eingeäschert. Leider ist die Habe der betr. Arbeiter

nicht versichert gewesen. — Im Kirchdorfe Süderstapel bei Friedrichstadt ertrank in der Nacht die 28jährige Tochter des dortigen Gastwirths Braun in einer Mergelgrube. Die Verunglückte war zu einer Hochzeit in der „Ziegelei" gewesen, hatte sich an den Lustbarkeiten betheiligt und ist auf dem Heimwege in der Dunkelheit jedenfalls in die Grube gerathen.

Hamburg. Ein Kongreß des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen ist am Montag hier eröffnet worden. Vertreten sind 111 Kassen mit 188 Delegirten und mehr als einer Million Mitgliedern; auch die Lübecker Ortskrankenkasse hat mehrere Vertreter entsandt.

Güstrow. Wegen räuberischer Erpressung hatten sich am Montag vor dem Schwurgericht die 24 bezw. 19 Jahre alten Kuhfütterer Wilhelm und Gustav Tiedt aus Ravensruh zu verantworten. Die Angeklagten hatten am 22. Juli versucht, von ihrem Dienstherrn, dem Gehöftsbesitzer Steinhagen auf Poel, ihren Jahreslohn zu erzwingen und ihren Dienstherrn dabei mit Knitteln und Dungforken schwer mißhandelt. Beide Angeklagte versuchten, den Vorfall so harmlos als möglich hinzustellen. Das Urtheil lautete auf je 2 Jahre Zuchthaus und je 3 Jahre Ehrverlust.

Bremerhaven. Kritik und Geschäft. Genosse Haverkamp, der Redakteur unseres Parteiblattes, hatte im Stadtverordneten-Kollegium verschiedene Mißstände am Stadt-Theater zur Sprache gebracht, das städtische Zuschüsse bekommt. Darauf entzog die Direktion des Theaters unserem Parteiblatte die Inserate und den Freiplatz. Natürlich irrt sich die Direktion, wenn sie glaubt, auf diese Weise die sozialdemokratische Kritik zum Schweigen zu bringen.

Letzte Nachrichten.

Neisse. Durch giftige Kohlengase, die in den Schlafraum drangen — sie hatten vergessen, die Kohlenklappe zu schließen — erstickten im benachbarten Hausdorf die Bauergutsbesitzer Juettner'schen Eheleute. Dieselben hinterlassen sechs unmündige Kinder.

Frankfurt a. O. Bei einer Feuersbrunst, welche Sonntag Nacht im Dorfe Bralitz (Kreis Königsberg, N.-M.) in einem Gasthofe ausbrach, kamen die zwölfjährige Tochter des Besitzers und ein achtzehnjähriges Dienstmädchen in den Flammen um.

Essen a. R. Von einem herabstürzenden Balken wurde auf dem Schacht „Prospers" bei Bottrop ein Bergmann erschlagen und ein anderer tödtlich verletzt.

München. Krawall beim Oktoberfest. Sonntag kam es auf der Oktoberfestwiese, nachdem kurze Zeit zuvor in einer Weinbude eine bedeutende Schlägerei stattgefunden hatte, gelegentlich der Verbringung von zwei Personen zum Polizeikommissariat vor letzterem zu groben Ausschreitungen, bei welchen die aufgeregte Menge das Kommissariat mit Steinen bewarf; auch fielen Schüsse aus der Menge. Die Schutzmannschaft mußte mit gezogenem Seitengewehr den Platz räumen, wobei zwei der an den Ausschreitungen betheiligten Personen durch Säbelhiebe leicht verletzt wurden. Einem Schutzmann wurde durch einen Biß in die Hand eine erhebliche Verletzung zugefügt.

Reichenberg i. B. Schreckensthat. Im nahen Drosig erschoß ein 40jähriger Lehrer 3 Schulkinder, 3 andere wurden tödtlich verletzt. Der Lehrer wurde von der Menge niedergeschlagen. Das Motiv zu der unseligen That ist unbekannt.

Wien. Familiendrama. Angeblich wegen finanzieller Schwierigkeiten tödtete Montag Vormittag der Gasthofbesitzer Johann Förchtgott seine Frau, seine drei Kinder und hierauf sich selbst durch Revolverschüsse. — Die Haftentlassung des im Zusammenhang mit der Angelegenheit Jellinek verhafteten Generaldirektors der Elektromobilwerke Pollak ist am Montag von der Rathskammer des Wiener Landgerichts beschlossen worden, da weder Fluchtverdacht noch Kollusionsgefahr vorliege.

Odessa. Schwere Seestürme herrschen am ganzen Schwarzen Meere.

St. Louis (Senegal). Das gelbe Fieber ist in Fort Hayes ausgebrochen.

New York. Neuer Ausbruch des Mont Pelee. Der Gouverneur von Martinique meldet: Der Mont Pelee stößt Asche und Rauch aus. Man hört ein dumpfes Rollen. In der Gegend von Basse Pointe richteten Ströme heißen Wassers Schaden an.

Briefkasten.

J. P. Ziehen Sie, unter Darlegung des genauen Sachverhaltes, auf dem Arbeitersekretariat nähere Erkundigungen ein.

Kartoffeln liefert in bester Waare billigst **Karl Voss**
Holstenstr. 27. Filiale: Mühlenbrücke 4a. Fernspr. 212.

Gesucht tüchtiger Schuhmacher.
J. Kalkhorst, Warendorpstraße 20

Zu verkaufen ein fast neuer Winterhut (Kapot), ein noch guterhaltener Trauerhut und ein paar Herren-Schnürstiefel billig
Schützenstraße 25, part.

1 Winterrock, 1 Kleid, 1 Abendmantel, 1 gutes Bett billig zu verkaufen
Aegidienstraße 24.

Eine sehr guterhaltene Bettstelle mit Sprungfedermatratze mit oder ohne Bettzeug ist billig wegen Umzug zu verkaufen
Engelswisch 33/1.

Eine Säge gefunden
Fackenburger Allee 53.

Reclam's Bibliothek
in Taschenformat.
Romane und Novellen der beliebtesten Schriftsteller à Bändchen 20 Pfg.

Pfaffenspiegel
5. (neueste) Auflage.
11 Lieferungen à 30 Pfg., gebunden 4,50 Mark.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch den 8. Oktober
Abends 8½ Uhr
im Vereinslokal, Hundestr. 41.
Tages-Ordnung:
1. Berichte
2. Kreisturntag.
3. Wahlen.
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Nach der Versammlung Abschiedsfeier für die zum Militär Eintretenden.

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1903
ist soeben erschienen und wie seine Vorgänger sehr reichhaltig ausgestattet.
Von dem Inhalt heben wir besonders hervor:
Kalendarium. Postwesen. Messen und Märkte. Bruno Schoenlank (mit Portrait). Russische Revolutionen von A. Demmer. Prüfung von Schiffsmodellen (mit Illustrationen). Ferner einige sehr gute Erzählungen, Gedichte und vieles andere.
Preis 40 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50
sowie deren Colporteure.

Achtung Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 8. Oktober
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Th. Bartels.
2. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, die Versammlung zahlreich zu besuchen.
Der Vorstand.

Circus Variété Reuterkrug.
Jeden Abend 8 Uhr gr. Vorstellung.
Heute Mittwoch
Nachmittags 3½ Uhr: Außerordentliche
Große Kinder-Vorstellung
bei ermäßigten Preisen.
Man lasse den Kleinen die Freude nicht entgehen, sich Petroffs 60 dressirte Hausthiere und die lebenden Photographien des Fantouche-Theater anzusehen.
Der Circus ist angenehm geheizt.

Panorama
(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Etg.
Diese Woche herrliche Reise.
Rhein.
Von Mainz bis Köln.
Jeden Tag von 10—1 und von 2—10 Uhr geöffnet.
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.

Sie bereuen es
wenn Sie den jetzigen Spielplan versäumten im
Apollo-Theater
Fünfhausen.
Nur noch 5 Tage verbleibt diese Pracht Serie.
Beginn präzise 8 Uhr.
Billets im Vorverkauf ermäßigt.
Von 9 Uhr Schnittbillets.

Prima dicke Flohmen
Pfd. 70 Pfg.
W. C. Köppke
Klingenberg 4.

Unserm Freund August Tölner die herzlichsten Glückwünsche zu seinem heutigen Wiegenfeste. Nun rathe mal.

Gesangverein „Eintracht"
General-Versammlung
am Mittwoch den 8. Oktober
Abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
Abrechnung. Lokalfestsetzen. Weihnachtsfest. Verschiedenes.
Der Vorstand

Stadt-Theater.
Mittwoch den 8. Oktober.
11. Vorst. 10 Abonn.-Vorst. 2. Mittwoch-Ab.
Zum dritten Male: Es lebe das Leben.
Schauspiel in 3 Akten von H. Sudermann.
Donnerstag: Zum 1. Male: Die Zwillingsschwester.
Freitag. Neuheit. Der Kellermeister.

Eugelsgrube 53 **H. Mohr** Schwönckenquerstr. 1
Möbel-Ausstattungs-Geschäft
empfiehlt sein
großes Lager in Mobilien, einfach und elegant.
Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. — Ansicht gerne gestattet.

Hochfeine Fünf- und Sechspfennig-Zigarren,
sowie Zigaretten, Taback, Thagpfeifen ꝛc.
Rolltaback. Nordhäuser von Grimm & Triepel. Copenhagener.
Carl Wittfoot
Lübeck
18 Hüxstraße 18.
Rolltaback. Gebr. Ungewitter. Lübecker.

„Friedrich-Franz-Halle".
Großer Antritts-Ball
am Mittwoch den 8. Oktober 1902.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 Mark.
Hierzu ladet freundlichst ein
Gustav Glöde.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.